

Meine Meinung  
*Innovative  
Konzepte  
im Fokus*



**Jana Borath meint, Reden hilft – vor allem vor Ort und miteinander**

Bauernproteste mit entsprechendem Einfallreichtum vorgetragen sind Mittel der Wahl und legitim, damit sich das ganz große Rad in Bewegung setzt. In Brüssel oder Berlin, wo dort erdachte Raster für Subventionsvergabe inzwischen in Schiefelage sind, weil sie spanische Dürre und fruchtbares Ackerland im Altenburger Land gleich setzt, um halbwegs gerecht daher zu kommen.

**Fruchtbaren Boden nicht der Bewirtschaftung entziehen**

Will man vor Ort gestalten, helfen indes nur Gespräche und gemeinsames Handeln, will man Individualitäten der Region und der Landwirte dort berücksichtigen. Das geschieht gerade im Altenburger Land. Stichwort hier: Photovoltaik. Die Anlagen sollen nicht wie Pilze aus dem Boden schießen und schon gar nicht fruchtbaren Boden für Jahrzehnte der Bewirtschaftung entziehen. Der Plan: versiegeln, brachliegenden oder Altlastenflächen den Vorzug geben.

**Potenzielle Standorte für die Energiegewinnung ausweisen**

Die Basis hierfür schafft aktuell das Landratsamt mit einem Konzept, das ebensolche Areale als potenzielle Standorte für die Gewinnung erneuerbarer Energien ausweist. Auch die Stadt Schmölnn macht gerade Hausaufgaben: Sie sitzt an einer Übersicht, um sagen zu können, wo überall Photovoltaik nicht geht. Dabei nicht ausgeschlossen: Individuelle Regelungen für Landwirte, die die Erneuerbaren als weiteres Standbein für ihren Betrieb nutzen wollen oder müssen.

Informationen, die beim Kreisbauernverband in Starkenberg sichtbar gut ankamen: Seine Mitglieder garantierten Mitarbeit und Gesprächsbereitschaft. Gut so.

# Bauern fordern mehr als nur Geld

Landwirte im Altenburger Land konfrontieren Politik mit ihren Sorgen

Jana Borath

**Starkenberg.** Die Bauernproteste im Altenburger Land sind noch nicht zu Ende. Aber wer in Starkenberg zur Jahreshauptversammlung des Kreisbauernverbandes Altenburger Land Blockaden, Protestschilder oder Gummistiefel am Ortseingangsschild erwartet hatte, musste enttäuscht sein.

Dabei hatte sich allerlei Politprominenz angesagt. Und auch die Sorgen hiesiger Landwirte, die sie in den vergangenen Wochen auf die Straßen getrieben haben, sind nicht kleiner geworden.

In Starkenberg wurden sie nochmal auf den Tisch gepackt. Doch zunächst gab es am 29. Februar im Gemeindezentrum des Dorfes für die anwesenden Landwirte erstmal eine gute Nachricht aus Brüssel. Nämlich die: Landwirte in der Europäischen Union (EU) müssen 2024 keine Ackerflächen stilllegen und die Bundesregierung wird diese Verordnung 1:1 umsetzen. Torsten Weil, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, bestätigte das auf Nachfrage.

**Wermutstropfen für Bauern im Altenburger Land**

Allerdings hatte seine Kunde auch einige Wermutstropfen. Zum einen gilt diese Ausnahmeregelung erstmal nur für 2024. Zum anderen wird sie als verbindliche Verordnung wohl erst am 22. März dieses Jahres das Licht der Welt in Thüringen erblicken. Zu spät, wie Vorstand Matthias Itzerott von der Agrargenossenschaft Altenburger Land in Dobitschen befand. Er hätte gerne sehr viel zeitiger Verbindlichkeit, damit die nun zur Verfügung stehenden Ackerflächen pünktlich umgebrochen werden können. Für Matthias Schnelle, Chef der Agrargenossenschaft Nödenitz, indes war allein die Nachricht über die jetzt geltende Ausnahmeregelung wichtig. „Auf die haben wir nämlich wirklich gewartet“, sagt er.

Darüber hinaus bestimmten natürlich die zurückliegenden Wochen der Bauernproteste im Altenburger Land, in Thüringen und bundesweit die Stimmung bei der Mitgliederversammlung des Kreis-



Mitgliederversammlung des Kreisbauernverbands Altenburger Land.

JANA BORATH

Erstmals haben wir uns mit unseren Sorgen so Gehör verschafft, dass sie nachhaltig an die Öffentlichkeit gelangten.

**Udo Große,  
Vize-Präsident des Thüringer  
Bauernverbandes in Starkenberg**

bauernverbandes in Starkenberg. „Unglaublich, wie viele Leute wir mobilisieren konnten“, freute sich beispielsweise Udo Große, Vize-Präsident des Thüringer Bauernverbandes. „Und erstmals haben wir uns mit unseren Sorgen so Gehör verschafft, dass sie nachhaltig an die Öffentlichkeit gelangten.“ Wohl wisse er, dass nicht alle Forderungen erfüllt worden sind. Aber die Probleme in der Landwirtschaft seien keine nur der deutschen Bauern. „In ganz Europa gehen die Landwirte inzwischen auf die Straße.“

Die Bedeutung der Forderungen-Wegfall der Agrardiesel-Zuschüsse, Flächenstilllegung, kein Einfluss auf die Preisgestaltung, Entbürokratisierung – machte der hiesige Kreisbauernverbandschef Tom Bauch in Starkenberg nochmals deutlich. „Die Landwirte in

Deutschland stehen innerhalb der EU in Konkurrenz mit den Bauern anderer Länder“, erläuterte er. Mit dem Wegfall der Dieselsubvention beispielsweise würden die hiesigen Landwirte im Ranking der höchsten Steuern in dieser Branche von einem mittleren Platz auf den zweiten katapultiert, gleich hinter den Niederlanden. „Wir verlieren jetzt 26 Euro pro Hektar. Bei Betrieben mit arbeitsintensiven Bereichen können es sogar bis zu 46 Euro pro Hektar werden. Allein dem Altenburger Land fehlen damit jährlich eine Million Euro, wenn dieser Zuschuss gestrichen wird“, rechnete er vor.

**Sinkende Erzeugerpreise für Agrarprodukte**

Aber das sei nur die Spitze des Eisberges oder auch der Tropfen, der das Fass habe zum Überlaufen gebracht. Denn außerdem gebe es noch weitere Themen, die die hiesigen Landwirte um- und auf die Straßen treibe. Rückgang der Erzeugerpreise. „Der beim Weizen sank von 400 auf inzwischen 200 Euro“, nennt er ein Beispiel. 100 Euro pro Hektar gebe es seit 2023 weniger an GAB-Agrarsubvention. Dafür steige die Emissions-Abgabe für Diesel, die Nutzungsentgelte für Strom würden ebenfalls in die Höhe klettern. Die Liste ließe sich fortsetzen, so Bauch: Wegfall von Zuschüssen

für die landwirtschaftliche Unfallversicherung, Erhöhung von Pachten durch zunehmende Konkurrenz erneuerbarer Energien auf landwirtschaftlichen genutzten Flächen und nicht zuletzt die wild wuchernde Bürokratie.

Bürokratie: Dieser Punkt trieb in Starkenberg wohl alle Anwesenden der Branche um. Flächennachweis, umgehende und umfassende Katastereintragungen und und und. „Ich verstehe das alles nicht mehr. Wenn die Behörden uns so misstrauen, sollen deren Leute doch zu uns kommen und in unsere Aufzeichnungen schauen und uns damit das Leben erleichtern“, forderte Doreen Rath, Chefin der Agrar T & P GmbH Mockzig. Applaus erntete auch die Bemerkung, dass Digitalisierung als neues Werkzeug schön und gut sei, aber in der Praxis nicht entlaste. „Das, was uns zur Verfügung gestellt wird, produziert eher das Gegenteil.“

Und auch das schrieben die Bauern in Starkenberg der anwesenden Polit-Prominenz – von Thüringens Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz (Bündnis 90/Die Grünen), bis Landrat Uwe Melzer (CDU) – in die Stammbücher: Früher waren Behörden und Ministerien Dienstleister für Landwirtschaftsbetriebe und Bauern, heute sei es umgedreht. Und das müsse sich wieder ändern.